

Weservertiefung, Küstenschutz und Wasser



Foto: pixello.de (J. Bredéhorn)

DIE LINKE lehnt eine weitere Weservertiefung ab. Der ökonomische Nutzen für wenige steht in keinem Verhältnis zu den Folgen für die Umwelt. Mit einer Erhöhung des Meeresspiegels durch den Klimawandel muss gerechnet werden. Daher sollten frühzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden, wie Erhöhung der Deiche und zusätzliche Überflutungsflächen. Durch Klimaveränderung und Wasserverschwendung wird die Ressource Wasser immer knapper. Schon heute haben 800 Mio. Menschen keinen Zugang zur Trinkwasserversorgung. Angesichts der drohenden Wasserkrise brauchen wir konkrete Gegenmaßnahmen wie Ausbau von Spartechniken und effiziente Wassernutzung. Genauso dringend müssen Ökosysteme wie Flüsse und Seen, Auen und Moore geschützt werden.

**Denn Wasser ist keine Ware,
sondern ein Menschenrecht!**

Wachstum?

Angesichts der globalen Wirtschaftskrise zeigt sich deutlich, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch gescheitert ist. Ihre fatale Orientierung auf Wirtschaftswachstum und kurzfristige Profite verhindern eine solidarische und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Der globale Konkurrenzkampf verhindert Solidarität und geht zu Lasten der Umwelt und der Lebensverhältnisse.

Die Krisenbewältigungsversuche der Regierungen laufen nur darauf hinaus, diese falsche Entwicklung zu beschleunigen und die Kosten auf die Mehrheit abzuwälzen. Eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung ist nur mit einer radikalen Umgestaltung dieser Verhältnisse möglich.

Ressourcen und Arbeit müssen global gerecht verteilt werden. Auch Bremen kann den Anfang machen.



Foto: Fotolia.com (Judith Bender)

Global denken, lokal handeln

Die ökologische Katastrophe wird sich nur abwenden lassen, wenn globale Lösungen gefunden werden. Die Länder des Nordens sind als Verursacher in der Pflicht, so eine Lösung zu ermöglichen und nicht ihre Lebensweise global durchzusetzen. Die vorhandenen Ressourcen müssen gerecht verteilt werden. Wir lehnen Krieg und wirtschaftliche Erpressung zur Aneignung der Ressourcen anderer Länder entschieden ab. Wir wollen nicht, dass Bremer Firmen sich daran beteiligen. Wir fordern eine gerechte Gestaltung des Welthandels. Der Handel soll nicht erweitert werden, wenn regionale Wirtschaftskreisläufe die gleiche Versorgung ermöglichen. Deswegen ist ein weiterer Hafenausbau unnötig! Den Ländern des Südens soll eine andere Entwicklungsperspektive eröffnet werden, unter anderem mit kostenlosem Technologietransfer. Auch dabei können Bremer Firmen vorangehen.

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
Telefon: 0421 205297-0
Telefax: 0421 205297-10
www.linksfraktion-bremen.de
mail@linksfraktion-bremen.de
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

Für ein ökologisches und solidarisches Bremen

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Tiefefoto: MEV Verlag GmbH, Germany



Bremen für Alle

- ökologisch
- solidarisch
- sozial

Umweltverschmutzung und Klimawandel bedrohen die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Lebensbedingungen aller Menschen. Das untere Einkommensdrittel der Bremer Bevölkerung kann sich gesunde Lebensmittel, energetisch sparsame Technik und Ökostrom nicht leisten.

Erst recht kein Häuschen im Grünen, abseits von Verkehrslärm, Dreck und Gestank. Die Kosten für Wärmedämmung und Einbau von Sonnenkollektoren sind aber auch für kleine Eigenheimbesitzer oft außerhalb ihrer Möglichkeiten.

Deshalb brauchen wir eine Umweltpolitik, die mit öffentlichen Mitteln Energieversorgung, Energieeinsparung, Verkehrsgestaltung und Wasserschutz in die Hand nimmt.



Foto: MEV Verlag GmbH, Germany

Energie

DIE LINKE tritt für einen konsequenten Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien und dezentralen Strukturen ein.

Wir sind gegen neue Kohlekraftwerke und den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Auch Scheinalternativen wie Agrosprit und Emissionshandel lehnen wir ab.

Energie muss in allen gesellschaftlichen Bereichen eingespart werden.

Diese Ziele sind mit den heutigen Strukturen nicht zu erreichen. Deshalb fordern wir, dass die Energieversorgung demokratisch kontrolliert wird. Die swb gehört in öffentliche Hand!

Die Preise für Strom, Gas, Wasser und Abfallbeseitigung sind sozial gerecht zu gestalten. **Niemandem soll Strom und Gas abgeschaltet werden.**

Der Grundbedarf muss mittelfristig kostenlos sein.

Wohnungsbau



Foto: pixelio.de (Stefan Göthert)

DIE LINKE fordert einen Stadtumbau nach ökologischen und sozialen Kriterien. Alle Gebäude, bei denen dies sinnvoll ist, sind mit Sonnenkollektoren zur Wärme- oder Stromerzeugung auszustatten.

Wärmedämmung von Altbauten muss vorgeschrieben und systematisch gefördert werden.

Alle öffentlichen Gebäude sind mit Solaranlagen auszustatten. Neubauten sind nur noch als Passiv- oder Null-Energie-Haus zu errichten.

Um die sozialen Folgen der geforderten Maßnahmen zu begrenzen, fordern wir eine aktive öffentliche Wohnungsbau- und Sanierungspolitik.



Alle Wohnungsbaugesellschaften (wie z. B. Bremische Gesellschaft, BauBeCon Wohnen GmbH, Gagfah u. ä.) sollen in öffentliches Eigentum überführt werden. Damit können sie sich auf die Bereitstellung günstigen Wohnraums konzentrieren, nicht auf den Ertrag für die Gesellschafter. Alle Wohnungsbestände, die an Fonds und institutionelle Anleger verkauft wurden, müssen ebenfalls in öffentliches Eigentum überführt werden. **Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Bremen.**

Verkehr

Das Verkehrsaufkommen muss drastisch reduziert werden. Dies wird in erster Linie durch die Ersetzung von Individualverkehr durch öffentliche Verkehrsmittel sowie Fahrräder erreicht.

Die Stadt soll sich so entwickeln, dass Arbeiten und Freizeit nah am Wohnort stattfinden können. Unser Ziel ist eine autofreie Stadt. Der Güterfernverkehr muss auf die Schiene verlegt werden. Alle Industriegebiete Bremens sollen an Gleise angeschlossen werden. Wir fordern den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, auch auf neuen Strecken ins Umland, mit höheren Frequenzen und Komfort.

Der ÖPNV muss kostenlos werden!

Radwege und Car Sharing wollen wir ausbauen.

Zur Vermeidung von Fluglärm und Umweltverschmutzung muss der Flugverkehr drastisch reduziert werden. Vom Bremer Flughafen sollten keine Kurzstreckenflüge mehr starten und landen.